

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

25.11.1931 (No. 275)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
 Karl-Friedrich-
 Straße Nr. 14
 Karlsruhe
 Nr. 953
 und 954
 Postfachkonto
 Karlsruhe
 Nr. 5515

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 C. K. Mend,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspennig. Samstags 15 Reichspennig — Anzeigengebühr: 14 Reichspennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Der Klageerhebung, zwangsweiser Verteilung und Konfiskationsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Nachdruck, Verleumdung, Verleumdung oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung der Zeitung wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Letzte Nachrichten

Die Verwendung der Reichsbahnleihe

Der Rückgang der Einnahmen

WTB. Berlin, 25. Nov. (Tel.) Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft tagte am 23. und 24. November in Berlin. Seiner Beschlussfassung unterlag die Verwendung der steuerfreien Reichsbahn-Anleihe 1931, deren günstiges Ergebnis zum guten Teil auch als der Ausdruck des allgemeinen Vertrauens in das Reichsbahnunternehmen betrachtet werden darf. Der Ertrag der Anleihe wird entsprechend den Abmachungen mit der Reichsregierung für zusätzliche Aufträge der Reichsbahn verwendet, um zur Linderung der Arbeitsnot nach Kräften beizutragen. Die Aufträge im Werte von 250 Millionen Reichsmark sollen unter Berücksichtigung des Bedürfnisses der Reichsbahn möglichst den notleidenden Wirtschaftszweigen und Notgebieten in Reichweite zugeführt werden. Bei der Vergabe wird auf darauf geachtet, daß Handwerk und Kleinindustrie besondere Berücksichtigung finden.

Der Verwaltungsrat beschäftigte sich ferner mit der laufenden Einnahmegerüstung bei der Reichsbahn. Von Jahresaufgang bis Ende Oktober wurden gegenüber dem gleichen Zeitraum in 1930 rund 638 Millionen Reichsmark oder 16,5 Proz. weniger eingenommen. Mit dem Jahre 1929 in Vergleich gesetzt, beläuft sich die Mindereinnahme in 1931 auf 1,3 Milliarden Reichsmark oder 28,1 Proz. Mit diesen Verlusten können die Einnahmehilfen bei den Personals-, sowie Sachausgaben nicht Schritt halten.

Seit der Tarifierhöhung im Oktober 1928 sind für Sondertarifmaßnahmen über 150 Millionen Reichsmark aufgewandt worden. Hinzu kommen weitere Tarifierleichterungen mit einem jährlichen Ausfall von rund 65 Millionen Reichsmark. Weitere Tarifiermäßigungen für bestimmte Sondertarife sind entsprechend dem Wunsch der Reichsregierung in Aussicht genommen.

Als notwendige Ergänzung der Kraftverkehrsordnung betrachtet der Verwaltungsrat die seit langem von der Reichsbahn erstrebte Neuordnung im Speisewesen.

Ferner wurde beschlossen, Bezirks- oder Reklarte einzurichten, die der Erleichterung des Berufsverkehrs dienen sollen. Dazu soll eine 35prozentige Ermäßigung des Gepäktarifs für Musteroffen ab 1. Januar kommen. Weitere Tarifiermäßigungen für bestimmte Sondergebiete sind entsprechend dem Wunsch der Reichsregierung in Aussicht genommen worden.

Ein Zwischenfall in Berlin

Verhaftungen bei einer Kundgebung für Severing

WTB. Berlin, 25. Nov. (Priv.-Tel.) Nach einer republikanischen Kundgebung im Herrenhaus ist es gestern Abend zu einem Zwischenfall gekommen, der, wie die „B. Z. a. M.“ berichtet, heute die preussische Regierung beschäftigt wird. Als die Teilnehmer an der Versammlung das Herrenhaus verließen, fuhr das Auto des Innenministers vor. Severing stieg ein, und etwa 20 bis 25 Reichsbannerleute riefen ihm „Hoch die Republik“ — „Hoch Severing“ — „Frei Heil“ zu. In demselben Augenblick kam ein Überfallauto der Schutzpolizei heran. Die Beamten sprangen vom Wagen. Und während der Minister abmühsam fortfuhr, nahmen sie alle, die dem Minister die Ovation bereitet hatten, fest. Die Leute wurden sämtlich in das Revier in der Vohstrasse gebracht. Die Polizei forderte dann ein Lastauto an, um sie bei der politischen Polizei im Präsidium abzuliefern.

Rasanten, die den Vorfall beobachtet hatten, liefen ins Café Jost, wo Severing bei einer Tasse Kaffee saß. Sie verständigten ihn und zwei hohe Beamte des preussischen Innenministeriums, die ihm Gesellschaft leisteten. Der Minister ergriff sofort seinen Hut und lief durch die Vohstrasse zum Polizeirevier. Nach längeren Verhandlungen gelang es ihm, die Freilassung der Leute, die ihm zugejubelt hatten, durchzusetzen. Die Polizei rechtfertigt ihr Vorgehen damit, daß die Hoch- und Heilrufe auf den Innenminister Preußens in der Banntaille erfolgt seien.

Zu einer Rede Gshlers

M. Berlin, 25. Nov. (Priv.-Tel.) Großes Aufsehen haben Äußerungen des früheren Reichswehrministers Dr. Gshler erregt, der in Leipzig vor der Studentenschaft von einem Defizit von 5 Milliarden gesprochen haben soll. Der frühere Minister teilt dazu mit, er habe diese Zahl lediglich als Schätzung gewisser Wirtschaftskreise bezeichnet, ohne sich damit zu identifizieren. Die amtlichen Stellen halten aber auch diese Einschätzung für nicht sehr glücklich und betonen dabei, daß es sich nicht um ein Defizit, sondern um die schwebende Schuld bei dieser Summe handelt.

Disziplinarverfahren gegen die Leitung der Hamburger weiblichen Kriminalpolizei

Der Hamburger Senat hat gegen die Leiterin der hiesigen weiblichen Kriminalpolizei, Frau Regierungsrat Erlens, das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entlassung beantragt. Im Sommer d. J. hatten, wie seinerzeit gemeldet, zwei Hamburger Polizeibeamtinnen Selbstmord verübt, was zur Aufhebung von Mißlichkeiten innerhalb der weiblichen Kriminalpolizei und zu Ängstlichkeiten gegen Frau Erlens führte. Das vom Senat beantragte Verfahren wird sich auf alle die Einwände erstrecken, die im Zusammenhang mit dem Selbstmord der beiden Beamtinnen gegen das dienstliche Verhalten der Frau Erlens erhoben worden sind.

Rede des Staatspräsidenten Dr. Schmitt anlässlich seiner Wiederwahl im Landtag

In der gestrigen Landtagssitzung, über die wir an anderer Stelle berichten, hielt Staatspräsident Dr. Schmitt anlässlich seiner Wiederwahl folgende Ansprache:

Meine Damen und Herren!

Ich darf den heutigen Anlaß benutzen, um hier noch zwei Gedanken zum Ausdruck zu bringen, von denen ich annehme, daß sie Ihnen allen gerade heute am Herzen liegen. Das eine ist die Freude über die

eifrige Tätigkeit aller Volksgenossen im Dienste der Winternothilfe

Das Staatsministerium hat es unternommen, die zehn großen Hauptverbände der freien Wohlfahrtspflege zusammenzuführen und sie zur Badischen Notgemeinschaft zusammenzuschließen. Wir hoffen, daß durch die praktische Zusammenarbeit ein engeres, inneres Verhältnis zwischen diesen Einzelverbänden entsteht, und daß die Gesamtorganisation im Laufe der Zeit von sich aus eine feste und dauernde Gestalt erhält. Mit regem Eifer haben alle Volksgenossen gegeben, gesammelt, Hilfe geleistet, verteilt und einmalige oder dauernde Geldspenden zugesagt und geleistet. Es ist ein gewisser einheitlicher Zug in das ganze Land hereingekommen. Ich darf daher im Namen des Staatsministeriums und auch in Ihrem Namen all den Helfern und Gebern freudigen Dank aussprechen dafür, daß sie mit uns bestrebt sind, alle Volksgenossen gegen Hunger und Kälte zu schützen; ich darf aber die weiter dringliche Bitte aussprechen, sich auf diesem Gebiete ebenso wie bisher weiter zu betätigen, selbst für den Fall, daß die Einrichtung der Badischen Notgemeinschaft eine dauernde Organisation bleiben und sich als solche auch betätigen müßte.

Und nun noch ein anderer Gedanke, der allerdings im Gegenjah zu der soeben genannten Bruderhilfe sehr unerfreulich ist, nämlich

der Bruderkampf und die Hege

die in ganz Deutschland, und deswegen auch in Baden, sich bemerkbar macht und die in vielen Kreisen fieberhafte Erregung erzeugt. Das Ziel dieser Bewegung ist die Zerlegung des Volksganzen und die Herabwürdigung der Obrigkeit.

Selbst bis an die Torschwelle der Gefängnisse wagt sich die Agitation heran. Gegen Andersdenkende werden strupplos schwer beleidigende Tatsachen öffentlich behauptet, obwohl die Verantwortlichen schon bei Anwendung geringster Sorgfalt von vornherein die ganze Unrichtigkeit erkennen müßten,

welche sie dann später selbst zugeben müssen, nachdem sie allerdings die Tat vollbracht haben. Eine kleinere badische Zeitung hat dieser Tage schwere und drohende Kritik an dem Urteil eines Schöffengerichts, also eines Volksgenossen geübt, obwohl die Zeitung selbst erklärt, sie kenne den vom Gericht festgestellten strafbaren Tatbestand nicht.

In Schrift und Wort, in Zeitungen und in Versammlungen werden Redewendungen gebraucht, die sehr hart an das Strafgesetzbuch streifen, die aber vom Strafrichter noch nicht erfasst werden können, die aber von den Volksgenossen in den Versammlungen so verstanden werden, wie sie von der Hege gemeint sind. Ja, seit längerer Zeit geht man zu Täuschlichkeiten über, man greift Volksgenossen grundlos an, es fließt Blut, man tötet den Mitbruder, ja, man vergreift sich sogar an den Organen der Polizei und des Gerichtsvollziehersdienstes. Ein Gerichtsvollzieher wird grundlos niedergeschossen, der treu und gewissenhaft seine Pflicht im Dienste eines anderen privaten Volksgenossen erfüllt hat. Ja, man geht noch weiter, in einer Eingabe an die Behörde wird eine solche ruchlose Tat verberichtet und dem Oberstaatsanwalt gedroht, der nächste Schuß gelte ihm. Man schwört Rache den pflichttreuen Beamten.

Meine Damen und Herren! Die Regierung bedauert mit Ihnen diesen moralischen Tiefstand; sie wird alle Mittel baransetzen, um ihre pflichttreuen Beamten gegen solche Verhörungen, Verleumdungen und Drohungen zu schützen.

Alle besonnenen Elemente bittet die Regierung, die Ruhe zu bewahren, die wir brauchen, damit die Reichsregierung rüdenfrei nach außen verhandeln kann.

Die Unbesonnenen warnt die Regierung und weist darauf hin, daß sie alle Maßregeln ergreifen und alle Machtmittel anwenden wird, die ihr zur Verfügung stehen und zu deren Anwendung sie auf Grund der Verfassung verpflichtet ist.

Die Regierung hat die Aufgabe, ebenso wie das früher, besonders in dem schweren Winter 1918/19 und 1923/24 geschehen ist, in erster Reihe das Leben und die Gesundheit aller zu schützen, das Eigentum zu sichern und Ruhe und Ordnung zu schaffen und sich für den öffentlichen Volkfrieden — besonders in dem kommenden Weihnachtmonat — einzusetzen. Die Regierung vertraut auf ihre Machtmittel. Die badische Polizei und Gendarmerie haben sich als sichere und zuverlässige Stütze der Regierung und der Verfassung erwiesen. Die treue und hingebende Pflichterfüllung der Führer und Beamten in diesem Dienst verdient Anerkennung und Dank. Seien Sie überzeugt, der badische Sicherheitsdienst ist jeder Aufgabe gewachsen, welche der kommende Winter an ihn stellen wird.

Die kommende Notverordnung Reichsregierung und Wirtschaftsprogramm

Die Beratungen des Reichskabinetts über die neue Notverordnung haben, wie gemeldet, begonnen. Sie haben zunächst den Zweck, die Probleme und die Aufgabengebiete für die einzelnen Ressorts abzugrenzen, damit diese an die praktische Arbeit gehen können, um die Entwürfe auszuarbeiten, für die die Leitende des Wirtschaftsbeirates die grundsätzlichen Unterlagen geliefert haben. Es ist nun also damit zu rechnen, daß die nächsten zehn Tage eine Fülle von Beratungen in den Ministerien, Chefbesprechungen, Ministerbesprechungen und Kabinettsitzungen, bringen werden. Aus dieser Aufgabenverteilung ergibt sich schon, daß die kommende Notverordnung eine ganze Reihe von Einzelvorlagen enthalten, also auch wieder recht umfangreich sein wird. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß das Kabinett trotz der außerordentlich starken Arbeitsansprüche, die diese Aufgabe an alle Beteiligten stellt, vor dem Beginn der Baseler Verhandlungen, also etwa am 5. oder 6. Dezember, fertig werden wird.

Vorstellungen der Sozialdemokratie

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahm am Dienstag den Bericht über die Verhandlungen mit Reichskanzler Brüning entgegen. In der Aussprache wurden, wie von der Fraktion mitgeteilt wird, in erster Linie die durch die Thesen der Reichsregierung über die Gestaltung des Tarifrechtes und den Lohnabbau sich ergebenden Gefahren für die Lebenshaltung der Massen des Volkes erörtert. Einmütig gebilligt wurde die Warnung des Vorsitzenden der Fraktion, Dr. Breitscheid, mit der die letzte Besprechung mit der Reichsregierung eingeleitet wurde. Eine Ausbühlung des Tarifrechtes und eine weitere Senkung des Reallohnes verschärfte die innerpolitischen Spannungen.

Niederlage der australischen Regierung

WTB. Canberra, 25. Nov. (Tel.) In Abgeordnetenhauses gelang die Regierung mit 32 Stimmen gegen eine Opposition von 37 Stimmen in die Minderheit.

Englische Studenten für Revision von Versailles

Diskussion in Cambridge

WTB. London, 25. Nov. (Tel.) Auf einem öffentlichen und in der Form englischer Parlamentsverhandlungen abgehaltenen Diskussionsabend der Studentenschaft der Universität Cambridge sprach gestern der deutsche Staatssekretär z. D. von Rheinbaben gegen die vorliegende Tagesordnung, wonach eine sofortige Revision des Versailler Vertrages eine schwere Gefahr für den europäischen Frieden bedeuten sollte. Sein Gegenreferent war der bekannte Abgeordnete General Spears.

Die These Rheinbabens war, daß nicht nur als Mindestforderung Deutschlands für seine nationale Unabhängigkeit und Freiheit, sondern auch gerade im Interesse des allgemeinen Friedens folgende Revision des Versailler Friedensvertrages im Zuge der kommenden internationalen Verhandlungen erfolgen müßte: Rölliges Ende der Reparationen, gleiches Recht als Grundgesetz des Nüftungsstandes und der nationalen Sicherheit, Revision der Ostgrenzen.

Nach eingehender Diskussion wurde auf Rheinbabens Antrag, der u. a. auch von einem deutschen Studenten in einem Referat formvollendet unterstützt worden war, die Resolution mit 253 gegen 36 Stimmen abgelehnt, d. h. die überwiegende Mehrheit der Cambridge Studenten erklärte sich mit der von dem deutschen Politiker wirkungsvoll vorgetragenen These einverstanden.

4,84 Millionen Arbeitslose im Reich. Die Zahl der Arbeitslosen in der ersten Hälfte des November ist in ganz Deutschland um rund 220 000 auf rund 4 840 000 gestiegen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 63 000, die der Bezüge der Arbeitsfürsorge um 30 000 gewachsen. Die Vermehrung gegenüber der gleichen Zeit gegenüber des Vorjahres beträgt 1 360 000, ähnliche Differenzen weisen bereits die Statistiken der Vormonate auf. Gegenüber dem Hochsommer dieses Jahres ist somit keine nennenswerte Steigerung eingetreten, so daß man vielleicht annehmen darf, daß der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im wesentlichen erreicht ist.

Eröffnung des Badischen Landtags

Präsident Duffner wiedergewählt — Staatspräsident wieder Dr. Schmitt

Seit der Nachkriegszeit vollzieht sich die Eröffnung einer neuen Landtagsperiode schlicht und einfach, aber gleichwohl in feierlichem Gewande. So auch am gestrigen Dienstag. Um 4 Uhr nachmittags fanden sich die Abgeordneten fast vollständig im Sitzungssaale ein. Auf der Regierungsbauk nahmen die Minister Platz; die Tribünen sind wie immer an den großen Tagen, stark besetzt.

Das Gesicht des Landtages hat sich durch die Auflösung der Fraktion der Wirtschaftspartei und Bauernpartei und durch das Absinken der Abg. Schmidt-Breiten und Gagin zu den Nationalsozialisten etwas geändert. Der Bauernpartei Gilbert sitzt jetzt in den Reihen des Zentrums, und die drei Wirtschaftsparteiler von Au, Hermann und Spielmann haben mit den Volksparteilern eine Fraktionsgemeinschaft gebildet.

Auf dem Präsidentenstuhl amtiert der bisherige Erste Vizepräsident, Reinbold (Sozdem.), der sofort zur

Wahl des Präsidenten

schreitet, die durch Stimmzettel erfolgt. Anwesend sind 80 von 88 Abgeordneten. An der Wahl beteiligen sich 63 Abgeordnete. Die Nationalsozialisten und Deutschnationalen nehmen an der Wahl des Präsidiums nicht teil.

Der bisherige Präsident Duffner (Zentr.) wird mit 63 Stimmen wiedergewählt. Vier Stimmen entfallen auf den kommunistischen Abg. Böning, eine auf den Abg. Eggler (Zentr.).

Das Ergebnis wird von der Mehrheit des Hauses mit Beifall aufgenommen.

Präsident Duffner übernimmt den Vorsitz mit dem Danke für das ihm erneut bewiesene Vertrauen und mit der Versicherung, gerecht und unparteiisch seines Amtes zu walten. Er bittet das Haus, ihn in seiner Geschäftsführung zu unterstützen.

Es folgt

Die Wahl des ersten Vizepräsidenten

An der Wahl beteiligen sich 70 Abgeordnete. Gewählt wird der bisherige Inhaber dieses Postens, der sozialdemokratische Abg. Reinbold, mit 57 Stimmen. Der Kommunist Böning erhält 4 Stimmen; außerdem sind zwei Stimmen zerstreut, sieben Zettel weiß.

Die Wahl des zweiten Vizepräsidenten

fällt nach dem Verzicht der Nationalsozialisten auf diesen Posten wiederum auf den Abg. Dr. Walber (D. Sp.), und zwar mit 54 Stimmen. Außerdem werden 12 weiße Zettel abgegeben. Vier Stimmen erhält der Kommunist Böning, eine der Volksparteiler Mentz.

Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Zu Schriftführern werden durch Zuzug wieder bestellt: die Abg. Bergsch (Ev. Volksp.), Fischer-Konstantz (Staatsp.), Frau Fischer-Karlruhe (Sozdem.), Gilbert (Zentr.), Gora (D. Sp.), und Amann (Zentr.).

Es folgt die

Wahl der Mitglieder der ständigen Ausschüsse
Abg. Lechleiter (Komm.) stellt einen Antrag zur Befestigung der Ausschüsse.

Abg. Dr. Schmitt (Zentr.) hält die Nichtberücksichtigung der kleinen Gruppen für ungerecht. Der gleichen Auffassung ist der Abg. Ewald vom C. Volksdienst.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt. Das Haus genehmigt dann die Vorschläge der Parteien für die Zusammenfassung der Ausschüsse. Es treten gegen früher nur wenig Veränderungen ein.

Der Präsident verliest nun die Eingänge, die wie immer nach längeren Verhandlungspausen, einen sehr großen Umfang aufweisen.

Das Haus nimmt noch die Berichte der Abg. Seibert (Zentr.) und Hofheinz (Staatsp.) über die Rechnungen der

Präsidentenwahl im sächsischen Landtag

Der Sächsische Landtag, der Dienstag nachmittag zu seiner ersten Sitzung wieder zusammengetreten ist, nahm zunächst die Wahl des Landtagsvorstandes vor. Bei der Präsidentenwahl entfielen von 93 abgegebenen Stimmen 33 auf den bisherigen Präsidenten Wedel (Soz.), 26 auf den Abg. Gentschel (Wirtschaftspartei), 23 auf Kunz (Nat. Soz.), und 11 auf Hermann (Komm.). Bei der Stichwahl zwischen Wedel und Gentschel wurden 92 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Wedel 36, auf Gentschel 51. Nach dem Ergebnis der Stichwahl ist Wedel somit wiedergewählt. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten entfielen 37 Stimmen auf den Abg. Bretschneider (Staatsp.) und 11 Stimmen auf den Abg. Hermann (Komm.). Bretschneider ist somit gewählt. Die Nationalsozialisten und ein Teil der Wirtschaftspartei hatten vor der Wahl des ersten Vizepräsidenten den Saal verlassen.

Preußens Fehlbetrag für 1930: 121,3 Millionen

Wie aus einer Denkschrift hervorgeht, die der preussische Finanzminister dem Landtag zugeleitet hat, stellt sich der Fehlbetrag im Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1930 auf 121,3 Millionen Reichsmark. Der Haushaltsvoranschlag war ausgeglichen gewesen. Das Defizit ergibt sich im wesentlichen aus dem Rückgang der Einnahmen der Betriebsverwaltungen um 39,4 Millionen gegen den Voranschlag und den entsprechenden Rückgang bei den Steuern und Abgaben um 94 Millionen. Unter den außerplanmäßigen Ausgaben der Hofverwaltungen werden solche für die Mansfeld AG in Eisleben, Zuwendungen für Beamte usw. aus den abgetretenen Gebieten, Ausgaben für Aufschäden und 300 000 M für den Umbau der „Neuen Wache“ in Berlin zu einer Gedächtnisstätte für die Gefallenen des Weltkrieges erwähnt.

Aus bisher noch unaufgeklärten Gründen fand auf dem Schwarzen Meer ein erster Zusammenstoß zwischen rumänischen und sowjetrussischen Fischereiflotten statt. Auf beiden Seiten sollen mehrere Boote zum Kentern gebracht worden sein. Drei rumänische Fischer sollen gefangen genommen worden sein.

Der bekannte Filmschauspieler Tom Mix, hat sich in Hollywood einer Blinddarmpoperation unterziehen müssen. Nach den vorliegenden Meldungen ist sein Zustand ernst.

Amortisationskasse und des Domänengrundbodes für 1930 zur Kenntnis, worauf die Sitzung um 1/2 Uhr unterbrochen wird.

Um 6 Uhr tritt das Haus wieder zusammen. Der Präsident teilt mit, daß sich

Die Ausschüsse konstituiert

haben.

Zu Vorsitzenden sind bestellt:
Haushaltsausschuß: Abg. Rüdert (Sozdem.),
Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung: Abg. Schneider (Zentr.),
Ausschuß für Gesunde und Beschwerden: Abg. Dr. Wolfhard (Staatsp.),
Geschäftsordnungsausschuß: Abg. Mentz (D. Sp.).

Es folgt der Bericht des Abg. Mentz (D. Sp.) über die Mandatsniederlegung des Abg. Steinel in Forzheim, den Verzicht des Ministers Dr. Matthes auf das Mandat im Wahlkreis Emmendingen-Lahr und den Eintritt des Fabrikanten Kestler-Lahr ins Haus. Der Landtag nimmt zustimmend Kenntnis.

Abg. Mentz (D. Sp.) berichtet weiter über das Gesuch des Justizministers um Genehmigung des Landtages zur Durchführung der Strafverfolgung an dem kommunistischen Abg. Böning. Es handelt sich um eine viermonatige Gefängnisstrafe wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Nach heftigem Protest des Abg. Bod (Komm.) beschließt das Haus mit allen gegen 4 kommunistische Stimmen, bei 12 Enthaltungen (Staatspartei, Nationalsozialisten und Deutschnationale), den Strafvollzug zu genehmigen. Abg. Böning war bei dieser Sitzung anwesend. Darauf wird die Sitzung aufs neue unterbrochen.

Justizminister Dr. Schmitt wieder Staatspräsident

Nach kurzer Pause versammelt sich das Haus nach 1/2 Uhr zum drittenmal. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Staatspräsidenten. Die Kommunisten fehlen.

Der Vertrauensmännereauschuß schlägt zur Wahl den Justizminister Dr. Schmitt vor, zum Stellvertreter den Innenminister Maier.

Abg. Dr. Schmitt (Zentr.) verliest für die Deutschnationalen eine Erklärung, die dem Mißfallen Ausdruck gibt, daß trotz der großen wirtschaftlichen Notlage der Badische Landtag und die Regierung am Vier-Minister-System festhalten (Zurufe im Zentrum). Der vierte Ministerposten sei bei der Kleinheit unseres Landes unnötig. Jetzt könnte man den Sparwillen beweisen. Die Deutschnationalen werden sich an der Wahl nicht beteiligen (Zurufe aus den Reihen der Mehrheit).

Beim Wahlauf sind 76 Abgeordnete anwesend. Es werden 59 Stimmen abgegeben, von denen die Minister Dr. Schmitt und Maier als Stellvertreter je 38 erhalten. Eine Stimme fällt auf Minister Dr. Baumgartner.

Die Gewählten nehmen die Wahl an und werden vom Präsidenten Duffner begrüßt.

Der Präsident

spricht die Überzeugung aus, daß der Staatspräsident auch in Zukunft das Steuer des Staates mit fester Hand führen werde, so wie es die augenblickliche Lage und die Sicherheit des Staates erfordere. Der Präsident ist auch überzeugt, daß der Staatspräsident eine offene gütige Hand gegenüber der Not der Armen haben wird und hofft, daß ihm der Landtag die dazu nötigen Mittel zur Verfügung stellen kann (Beifall).

Darauf ergreift

Staatspräsident Dr. Schmitt

das Wort zu der an anderer Stelle mitgeteilten Rede. Die Ausführungen des Staatspräsidenten finden lebhaften Zustimmung der Mehrheit.

Da die Tagesordnung erschöpft ist, vertagt sich das Haus auf unbestimmte Zeit. — Nächste Sitzung voraussichtlich 12. Januar. — Schluß nach 7 Uhr.

Nach den Hessenwahlen

Der Landesverband Hessen der Wirtschaftspartei hat beschlossen, die hessischen Wahlen vom 15. November anzufechten. Der Beschluß gründet sich auf die Nichtzulassung der Wirtschaftspartei bei den hessischen Wahlen, was gegen die Verfassung verstöße.

Auf der am Sonntag in Frankfurt a. M. stattgefundenen Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Hessens war man übereinstimmend der Auffassung, daß der Ausgang der hessischen Wahlen die Sozialdemokratie von der Regierungsverantwortung entbunden hat und daß diese auf die aus den Wahlen hervorgegangene stärkste Partei übergegangen ist. Beschlüsse irgendwelcher Art wurden nicht gefaßt, da die Initiative für die Gestaltung der parlamentarischen Verhältnisse in Hessen nicht bei der Sozialdemokratie liege.

Die Bankenskandale

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat im Verlauf der Untersuchung wegen des Zusammenbruchs der Bank für Handel und Grundbesitz jetzt auch das Ermittlungsverfahren auf weitere Mitglieder des Aufsichtsrats ausgedehnt, um völlige Klarheit über die Geschäfte der Bank zu schaffen. Es handelt sich dabei in erster Linie um den Direktor des Berliner Handelsbankens, Le Viseur, und um einen Kaufmann K., einen 70-jährigen Mann, von dem man jedoch annimmt, daß er über die Transaktionen der Bank im einzelnen nicht informiert gewesen ist. Der bisherige Vorsitzende der Wirtschaftsparteilichen Fraktion im Preussischen Landtag, Abg. Labendorff, hat seine Parteiämter bis zur restlosen Klärung des gegen ihn eingeleiteten Verfahrens niedergelegt. Die Nationalsozialisten haben im Reichstag eine Anfrage eingebracht, die Auffklärung über die Engagements des Reichs über die Dresdener Bank verlangt. Des weiteren wird gefragt, ob mit der Wirtschaftspartei über die Stützungsmaßnahmen verhandelt worden sei.

In Paris wurde Georges Fremont-Guichesse, früherer Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Banque Coloniale d'Etudes et d'Entreprises Mutuelles verhaftet. Die Untersuchung hat ergeben, daß das 46 Millionen Franken betragende Aktienkapital dieser Bank und drei Viertel der in ihren 40 Filialen investierten Kapitalien verschleudert worden sind. Der den französischen Sparern daraus erwachsende Schaden dürfte demnach rund 90 Millionen Franken betragen.

Der Krieg in Ostasien

Neue Kämpfe

WTB. Paris, 25. Nov. (Tel.) „Petit Parisien“ meldet aus Schanghai: Vorgesestern seien zwischen chinesischen und japanischen Truppen etwa 33 Kilometer westlich von Nudun neue Kämpfe ausgebrochen. Der Verkehr auf der Eisenbahnstrecke Peking-Nudun sei wegen der Truppenbewegungen eingestellt worden. Tschangshai habe angekündigt, er stelle eine Armee auf und werde gegen die Japaner in der Mandchurei kämpfen. Der bisherige Gegner des chinesischen Generals Matschangschen, General Tschanghaiping, gab ebenfalls bekannt, daß auch er gegen die Japaner vorgehen und Tschangshai angreifen werde.

Japanischer Schritt beim Völkerbundsrat

WTB. London, 25. Nov. (Tel.) Der französische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet aus Paris, der japanische Botschafter sei gestern abend am Quai d'Orsay erschienen, um im Auftrage seiner Regierung die Aufmerksamkeit des Völkerbundesrates auf die Zusammensetzung chinesischer Truppen südlich der Großen Mauer zu lenken und ihre Zurückziehung in südlicher Richtung zu fordern.

Bisher kein italienischer Strafantrag gegen die Antifaschisten in Konstantinopel

Nach einer Meldung aus Rom soll die italienische Regierung mitgeteilt haben, daß sie keinen Antrag auf Strafverfolgung der in Konstantinopel verhafteten antifaschistischen Flieger gestellt habe und auch keinen Antrag stellen werde. Sie sei an dem Prozeßverfahren gegen die Flieger desinteressiert.

Wie von zuständiger Stelle hierzu mitgeteilt wird, war die Flieger bis Mittwoch vormittag offiziell noch nichts über die Haltung der italienischen Regierung in dieser Angelegenheit bekanntgeworden. Wird von dort kein Strafantrag gestellt, so haben sich die Flieger nur wegen Fahrgenehens zu verantworten.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident dankt in einem Erlass dem Reichsverweigerer von Ungarn, Gorthy, für die Verleihung der Inhaberschaft des 3. Kanonen-Inf.-Regts. Diese außerordentliche Ehrung erfülle ihn mit Stolz und Freude. Sie sei ihm ein Zeichen dafür, daß die Gefühle der in vielen Schlachten des Weltkrieges erprobten Waffenbrüderschaft noch heute fortleben. Er sehe diese Auszeichnung als eine Ehrung der deutschen Wehrmacht an.

Die deutsch-schweizerischen Verhandlungen. Nachdem schon vor einiger Zeit auf die Bindung der deutschen Schulhöfe von Deutschland verzichtet worden war, ist im Laufe der gegenwärtig in Berlin geführten Verhandlungen über eine Revision des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages auch die Freigabe der schweizerischen Schulhöfe vereinbart worden. Die Verhandlungen der Delegationen über die Abänderung des Handelsvertrages nehmen im übrigen ihren Fortgang.

Die deutsch-italienischen Verhandlungen über ein Zusatzabkommen zum Handelsvertrag werden voraussichtlich am Freitag, den 27. November, in Rom beginnen.

NSDAP. und Frankreich. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. dementiert die Gerüchte, wonach die Partei in Verhandlungen mit der französischen Regierung stehe, um zu erfahren, wie die französische Regierung der nationalsozialistischen Bewegung gegenüberstehe.

Die Tochter Gieris gestorben. Die einzige Tochter des verstorbenen Reichspräsidenten Gieris, die mit Landrat Dr. Joeneke verheiratet war, ist an den Folgen eines Leberleidens im Berliner Urban-Krankenhaus gestorben.

Laval-Rede erst am Donnerstag. Laval wird erst am Donnerstag nachmittag zur Debatte der außenpolitischen Interpellationen in der Kammer das Wort ergreifen.

Lloyd George schreibt seine Kriegserinnerungen. „News Chronicle“ zufolge ist Lloyd George mit der Niederschrift seiner Kriegserinnerungen beschäftigt. Er hat die Arbeit vor ungefähr 14 Tagen aufgenommen und wird das Manuskript mit nach Ceylon nehmen. Man nimmt an, daß die Niederschrift ungefähr ein Jahr in Anspruch nehmen wird.

Gegen Waffenexporte nach Japan und China. Vertreter von 41 amerikanischen Friedensorganisationen haben den Präsidenten Hoover ersucht, den Konkrete aufzufordern, die Verschiffung von Waffen und Munition nach Japan und China zu verbieten.

Demokratischer Sieg in Amerika. Bei einer infolge des Ablebens des früheren republikanischen Vertreters im Repräsentantenhaus nötig gewordenen Ersatzwahl in Texas wurde der demokratische Kandidat gewählt.

Amerikas Antwort auf die britische Einfuhrbeschränkung. Nach einer Meldung aus Washington wird die Regierung die sofortige Erhebung von Ausgleichszöllen auf britische Einfuhrwaren entsprechend den Zöllen, die England auf amerikanische Erzeugnisse erhebt, anordnen.

Badischer Teil

Regierung und Landtag in den Freiburger Kliniken

Freiburg, 25. Nov. Um 10 Uhr vormittags trafen hier die Mitglieder des Landtags fast vollständig ein, mit ihnen Staatspräsident Dr. Schmitt, Unterrichtsminister Dr. Baumgartner, sowie die zuständigen Referenten. Auf dem Bahnsteig hatten sich Vertreter der Stadtverwaltung Freiburg und der Universität eingefunden. Die Herren begaben sich sofort nach den neuen Kliniken, wo man sich zunächst im Hörsaal der medizinischen Klinik versammelte.

Minister Dr. Baumgartner hieß die anwesenden Mitglieder des Landtags und Bürgerausschusses der Stadt Freiburg namens der Staatsregierung und zugleich auch im Namen des anwesenden Oberbürgermeisters Dr. Bender herzlich willkommen und führte aus, die Besichtigung sollte zeigen, was aus den großen Opfern der vielen Millionenbeträge geworden ist. Man solle eine Vorstellung erhalten von dem, was geleistet wurde. Der Minister kennzeichnete den dreifachen Zweck der Klinikbauten. Diese sollten dienen zur Heilung der Kranken, der Forschung und dem Unterricht der Studenten. Unter diesen dreifachen Gesichtspunkten müßten die Bauten errichtet werden, über deren Notwendigkeit angesichts der fast polizeiwidrigen Zustände in der Albertstraße kein Zweifel mehr bestehen könnte. Leider seien die Mittel nicht vorhanden und in absehbarer Zeit auch nicht greifbar, um den Gesamtkomplex der vier Klinikbauten zur Durchführung zu bringen.

Arbeitsgemeinschaft zwischen Volkspartei und Wirtschaftspartei

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei und die Wirtschaftspartei des Badischen Landtages haben sich zu einer fraktionellen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ist Abg. Dr. Walber, stellvertretender Vorsitzender Abg. Mentz, beide der Deutschen Volkspartei zugehörig. Die Selbstständigkeit der beiden Parteien wird durch die Fraktionsgemeinschaft nicht berührt, ebenso tritt eine koalitionsmäßige Bindung der Wirtschaftspartei gegenüber der Regierung nicht ein.

Eingänge

Die Nationalsozialisten haben im Landtag einen Antrag eingebracht, der die Not der badischen Landwirtschaft, des gewerblichen Mittelstandes und des Hausbesitzes zum Gegenstand hat. Von den Deutschnationalen sind Anträge über die Zusammensetzung des Staatsministeriums und über den Geschäftsbereich der Ministerien (nur drei Minister) eingebracht. Von den Kommunisten liegen Anträge zur Haushaltnotverordnung und Gemeindefordernisordnung und zur Amnestierung aller proletarischen politischen Gefangenen vor. Ferner haben die Kommunisten drei förmliche Anfragen über die Gebührenerhöhung an den Universitäten, über die Wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten des staatlichen Sicherheitsdienstes und über die Kollage der bäuerlichen Familienbetriebe und Zwangsversteigerungen eingebracht.

Von der Regierung sind Vorlagen eingegangen über die Änderung des Landesjustizvollzugsrechts, und über die wandelbaren Bezüge der Notare. Außerdem gingen dem Landtag zahlreiche Gesuche zu, die hauptsächlich Fragen der Haushaltsnotverordnung, die Kollage der Landwirtschaft zum Gegenstand haben.

Aus den Parteien

Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt Eugen Steinel hat infolge starker beruflicher Überlastung sein Landtagsmandat niedergelegt. An seine Stelle tritt Finanzminister Dr. Matthes, der auf die Ausübung seines Mandates in Emmendingen-Lahr verzichtet hat und an zweiter Stelle des Wahlkreisvorschlages des Bezirks Forzheim stand. Für den Bezirk Emmendingen-Lahr tritt Fabrikant Fritz Kestler-Lahr in den Landtag ein.

Mit Steinel scheidet ein Parlamentarier aus dem Landtag, der sich wegen seiner großen Sachlichkeit allgemeiner Wertschätzung erfreute. — Kestler, der 1876 in Dinglingen (bei Lahr) geboren ist, gilt als ein guter Kenner der Wirtschaft.

Die Badische Bauernpartei, Bezirk Waldshut, hat zum Abtritt des Abgeordneten Hilpert zur Zentrumspartei eine Entschliessung gefasst, in der erklärt wird, daß Hilpert den Abtritt zum Zentrum ohne Befragen der Organisation vorgezogen habe. Die Vertreter seien deshalb genötigt, ihm die Berechtigung zur Ausübung seines Mandats abzuspochen. Die im Februar stattgefundene Versammlung der Badischen Bauernpartei in Oberlauringen habe zwar Hilpert das Vertrauen ausgesprochen. Damals habe er aber den Abtritt zum Zentrum in Abrede gestellt. Im weiteren wird die Auflösung des Landesverbandes der Badischen Bauernpartei beauftragt und der Beschluß mitgeteilt, die Bezirksorganisation beizubehalten. Ferner wendet sich die Entschliessung gegen die Regierungspolitik im Reich und betont, daß der Landbund als berufstätige Organisation unter allen Umständen beibehalten werden müsse.

Belehrung über die Einfuhr von ausländischem Obst

Das Unterrichtsministerium hat die ihm unterstellten Schularten angewiesen, die Schüler und Schülerinnen in entsprechender Weise zu belehren, daß infolge der starken Einfuhr von ausländischem Obst und von süßrüchtigen Millionenbeträge deutschen Geldes ins Ausland wandern, und so die deutsche Volkswirtschaft schädigen. Das sei um so weniger angebracht, als in diesem Jahre die Obsterte in Deutschland sehr gut ausgefallen ist und daher das deutsche Volk in der Lage ist, den Bedarf an Obst von der reichen heimischen Ernte decken zu können.

Aus der Landeshauptstadt

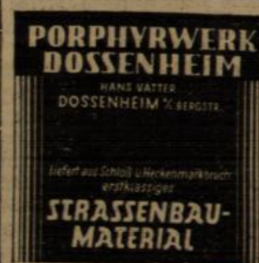
Der Postanweisungs-, Kassen- und Postauftragsverkehr mit dem Ausland. Die Handelskammer Karlsruhe sieht sich auf Grund wiederholter Anfragen veranlaßt, mitzuteilen, daß mittels Postanweisungen nach dem Ausland nur gegen Vorweisung eines amtlichen Reisepasses von einem Absender monatlich insgesamt höchstens 200 RM oder der Gegenwert hiervon einbezahlt werden dürfen, sofern nicht ein besonderer Genehmigungsbescheid des Landesfinanzamts als Stelle für Devisenbewirtschaftung vorgelegt wird. Für Nachnahmen bestehen im wesentlichen die gleichen Bestimmungen.

Bekanntmachung

Holzverleihanleihe der Stadtgemeinde Engen. Das Badische Forstamt Engen hat den Durchschnittspreis für 1 Festmeter Nichtenmühlholz III. M. aus dem Holz der Stadtgemeinde in der Zeit vom 1. Oktober 1930 bis 1. Okt. 1931 auf 16,60 RM festgesetzt. Hieraus berechnet sich der Geldwert für die am 1. Dezember 1931 fälligen Jahreszinsen aus der 6% Holzverleihanleihe pro RM auf 1 RM. Die fälligen Zinsscheine werden wie folgt eingelöst: 5/8 RM mit 5,- RM, 2/8 RM mit 2,- RM, 1/8 RM mit 1,- RM, 1/8 RM mit 0,50 RM, 1/8 RM mit 0,25 RM, 1/8 RM mit 0,13 RM. Die Einlösungstellen sind auf den Zinsscheinen angegeben. Engen, den 24. Nov. 1931. Der Gemeinderat: Dr. Müller.

Handelsgesellschaft) Sanitäts-Anlagen usw. in Karlsruhe, Gehlstraße 3 und deren Geschäftsführer: Emil Schmidt, Ingenieur, Karlsruhe, Eilingenstr. 25, Josef Schneider, Ing., Karlsruhe, Friedrichspl. 6, wurde heute nachmittags 1 Uhr Kontursverfahren eröffnet. Kontursverwalter ist Julius Hepp, beid. Wü. Oberrevisor und Steuerfachverständiger, hier, Karlsruhe, Friedrichspl. 28 (Friedrichshof). Kontursforderungen sind bis zum 10. Jan. 1932 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubiger-Ausschusses, zur Entschliessung über die in § 132 der Kontursordnung bezeichneten Gegenstände ist am Montag, den 14. Dez. 1931, nachm. 4 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am Montag, den 1. Febr. 1932, nachm. 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 4, 2. St., Zimmer Nr. 131. Über Gegenstände der Kontursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeindeforderungen leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf absonderte Befriedigung daraus ist dem Kontursverwalter bis 10. Januar 1932 anzudeuten. Karlsruhe, den 21. Nov. 1931. Geschäftsstelle d. Amtsgerichts A 7.

B. 412. Karlsruhe. Im Kontursverfahren über das Vermögen der Firma Wilh. Wolf jr., Tuchgroßhandlung in Karlsruhe, Douglasstr. 24, ist zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin bestimmt auf Mittwoch, den 9. Dez. 1931, vorm. 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 4, 3. St., Zimmer Nr. 252. Karlsruhe, den 16. Nov. 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 8.



Wir werben für Sie!

Der kommunistische Abgeordnete Böhmig verhaftet. Der kommunistische Abgeordnete Böhmig, dessen Inhaftnahme der Landtag in seiner Dienstadtbesprechung zugestimmt hatte, verließ kurz vor 8 Uhr abends das Landtagsgebäude. Er wurde von der vor dem Hauptportal postierten Schutzmannschaft sofort in Haft genommen. Er wurde in das Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Erschwerter Urkundenfälschung und Unterschlagung. Unter den 17 Personen, die am Dienstag wegen verschiedener strafbarer Handlungen von der Polizei festgenommen wurden, befand sich ein Hilfsbeamter der Reichsbahn, der die Fahrkartenbücher für zwei volle Monate gefälscht hat und im dringenden Verdacht steht, den Betrag von 3600 RM unterschlagen zu haben. Der ungetreue Beamte wurde ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

Wegen groben Unfugs gelangte ein 21 Jahre alter Ausländer von hier, der Mitglied der NSDAP ist, zur Anzeige, weil er am 8. d. M. bei der Revolutionsfeier der SPD in der Festhalle, nach dem Verlassen des Saales einen ungefährl. Explosionskörper auf den Boden fallen ließ, der explodierte, als ein Teilnehmer an der Veranstaltung beim Herausgehen aus der Festhalle auf ihn trat.

Badisches Landestheater. Die Schülertagodie „Der Graue“ des jungen Dichters Friedrich Forster, die am Freitag, dem 27. November, von Felix Baumbach in Szene gesetzt, zur hiesigen Erstaufführung kommt, ist eine Erstlingsarbeit. Daß ihr als solche bis jetzt an mehr als 50 der namhaftesten deutschen Bühnen ungewöhnlich eindringliche Wirkung beschieden war, wird dadurch erklärt werden dürfen, daß dieses Schicksal eines jungen Menschen dem Dichter aus dem Gefühl heraus gestaltet und nicht erklügelt ist, daß es auch über den einzelnen Fall hinaus Bedeutung enthält. — Die Titelfolle des „Grauen“ spielt Joachim Ernst.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Mittwoch morgen: Seitern nachmittags ist ozeanische Barmluft nach Deutschland gelangt und hat uns merklichen Temperaturanstieg gebracht. In der Rheinebene werden heute früh bis zu 10 Grad gemessen, gegen 2—3 Grad gestern früh. Selbst der Hochschwarzwald hatte 4 Grad Wärme, so daß die Niederschläge vorerst allenthalben als Regen fielen. Die Zufuhr von Barmluft wird bis auf weiteres anhalten. Voraussage: Meist neblig-trübendes und regnerisches Wetter bei südwestlichen Winden. Für die Jahreszeit mild.

Wasserstände: Waldshut 192 minus 2, Schusterinsel 46 minus 3, Rehl 210 plus 8, Marau 302 minus 1, Mannheim 234 minus 2, Caub 152 minus 3.

Kurze Nachrichten aus Baden

DJ. Mannheim, 24. Nov. Die Verhandlungen zwischen den Mannheimer Angestelltenverbänden und dem Arbeitgeberverband über eine Neugestaltung des Generaltarifvertrages, sind nunmehr zu Ende gegangen. Es kam eine Vereinbarung zustande, wonach die Gehaltsstufe durchschnittlich um 5 Prozent vergrößert werden. In der Frage der Kurzarbeit wurde ebenfalls eine Verständigung erzielt. Die Vereinbarung gilt ab 1. November.

DJ. Mühlhausen (Amt Wiesloch), 24. Nov. Der 25jährige Chauffeur Paul Müller kam gestern mit seinem Lieferwagen von einer Tour zurück. Auf der Heimfahrt bog er in eine falsche Straße ein. Sein missliebiger Vater stieg dabei vom Wagen ab, um seinem Sohne die richtige Straße zu zeigen. Beim Absteigen geriet er aber unter die Hinterräder des Wagens und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus verfiel.

ld. Schriesheim, 24. Nov. Verhängnisvolle Folgen hatte am Samstag das Spielen eines 12 Jahre alten Knaben mit einem geladenen Revolver, den der Junge von der Schule mitgebracht hatte. Als er die Waffe seinen Eltern zeigen wollte, entließ sie sich und traf die Mutter in den Rücken. Die Kugel blieb in der Lunge stecken. Die Frau mußte in lebensgefährlichem Zustande ins Heidelberger Krankenhaus überführt werden.

DJ. Weiber, bei Bruchsal, 24. Nov. Nachdem erst am Sonntagabend die Gebäude des Gasthauses „Zum Hirschen“ durch ein Großfeuer eingeeigert wurden, erkante gestern gleich zweimal Feueralarm. Mittags gegen 12 Uhr brach in der großen Scheune des Konsumvereins, in der 400—500 Zentner Heu und Stroh untergebracht waren, Feuer aus, so daß das große Gebäude eingeeigert wurde. Drei Stunden später schlugen die Flammen lichterloh aus der Scheune des Landwirts Johann Seuberger. Auch dieses Gebäude wurde vollständig eingeeigert. In allen drei Fällen dürfte Brandstiftung vorliegen. Als der Tod dringend verdächtig, wurden zwei junge Burtschen festgenommen.

ld. Titisee, 24. Nov. Im Alter von 67 Jahren starb hier Hotelier Adolf Gut, Besitzer des weitbekannten Hotels „Zum Bären“. Der Verstorbene hat sich um die Entwicklung Titisees als Kurort große Verdienste erworben.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	23. November		24. November	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.98	169.32	169.98	169.32
Kopenhagen 100 Kr.	81.92	82.08	81.42	81.58
Italien 100 L.	21.68	21.72	21.68	21.72
London 1 Pf.	15.44	15.48	15.30	15.34
New-York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.47	16.51	16.47	16.51
Schweiz 100 Fr.	81.57	81.73	81.52	81.68
Wien 100 Schilling	58.94	59.06	58.94	59.06
Prag 100 Kr.	12.468	12.488	12.468	12.488

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. November 1931 hat sich in der dritten Novemberwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 176,3 Millionen auf 4277,2 Millionen Reichsmark, d. h. um 4,9 Millionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 13,7 Millionen auf 1176,1 Millionen Reichsmark vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 29,4 Millionen auf 1008,6 Millionen Reichsmark abgenommen, die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 15,7 Millionen auf 167,5 Millionen Reichsmark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 27,5 Proz. gegen 26,7 Proz. in der Vorwoche.

Am die Wiedereröffnung der Wertpapierbörsen. In den letzten Tagen haben eingehende Beratungen über die Wiedereröffnung der Wertpapierbörsen zwischen dem preussischen Handelsminister, der Reichsregierung und dem Reichsbankdirektorium stattgefunden. Die Reichsregierung und das Reichsbankdirektorium vertreten hierbei die Auffassung, daß eine Wiedereröffnung der Wertpapierbörsen im gegenwärtigen Zeitpunkt der gesamten wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands nachteilig wäre. Unter diesen Umständen ist es dem Minister für Handel und Gewerbe nicht möglich, einer Wiederaufnahme der Börsenveranstaltungen zuzustimmen.

Zahlungsfrist für Aufwertungshypotheken. Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Zahlungsfrist in Aufwertungssachen vom 10. November 1931 (RGBl. S. 667) gibt den Schuldner aufgewerteter Hypotheken die Möglichkeit, den Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist auch dann zu stellen, wenn die ursprüngliche Zahlungsfrist verfallen ist, oder wenn ein früher gestellter Zahlungsfristantrag zurückgewiesen oder zurückgenommen ist. Die Nachholung und Erneuerung des Zahlungsfristanspruches muß aber bis zum Ablauf des 30. November d. J. erfolgen. Anträge, die nach diesem Tage bei der zuständigen Aufwertungsstelle eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden. Aufwertungsstelle ist das Amtsgericht.

Brown, Boveri u. Cie. AG, Mannheim. Zu Meldungen über einen Umstrukturierung und über einen möglichen Dividendenausschüttung wird von der Verwaltung erklärt, daß der Auftragsbestand in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres den gleichen Zuwachs wie im Vorjahr erfahren habe. Die Restriktion der Reichsbank bei der Diskontierung von Auslandswechseln wirkte sich allerdings infolge unangenehm aus, als die Gesellschaft nur schwere Installationen liefern, die mit sehr lange laufenden, nun nicht diskontierbaren Wechseln bezahlt werden. Man erwartet aber, daß für die gesamte Starkstromindustrie in dieser Frage bald eine einheitliche Regelung erfolge. Über den Abschluß für 1931 lasse sich noch nichts sagen, da die gesetzlichen Bestimmungen für die Bilanzierung noch nicht feststehen.

Offizielle Devisennotierungen in England. Das Londoner Clearinghouse hat die bekannte Bankfirma Samuel Montagu beauftragt, offizielle Devisennotierungen für die Banken festzusetzen. Bekanntlich gab es in London nur einen telephonischen Freiverkehr, und es ist das erstmalig, daß eine Stelle offiziell beauftragt wird, Devisennotierungen festzusetzen. Im Gegensatz zu Berlin handelt es sich hierbei nicht um eine einmalige Kursfeststellung, sondern alle von Montagu im Laufe des Tages bekanntgegebenen Kurse haben offizielle Charakter.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die mit Erlaß vom 7. Dezember 1927 Nr. 134 861 (Karlsruher Zeitung vom 9. Dezember 1927 Nr. 287) der jüdischen Blindenanstalt für Deutschland G. V. erteilte Genehmigung zur Sammlung von Geldspenden durch Übertragung von Werkschreiben an jüdische Kreise in Baden, wird weiterhin bis 31. Dezember 1932 verlängert. Karlsruhe, den 24. November 1931. Der Minister des Innern Maier

Öffentliche Sparkasse Zentern

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva	RM	Passiva	RM
Kassa	2 160,34	Spareinlagen	308 626,29
Landb. Betr.	7 000,-	Spareinlagen, Aufw.	150 261,93
Hypotheken, lfd.	162 168,36	Girokonto	6 060,06
Hypotheken, Aufw.	23 377,13	Landesbank	13 563,68
Schuldcheine, lfd.	91 262,93	Rücklage für Spartonto	11 696,47
Schuldcheine, Aufw.	168,26	Reingewinn 1930	1 641,73
Wechsel	3 195,20		
Kontokorrent	75 188,75		
Reitsched	8,08		
Wertp., Reichsanl.	4 190,37		
Wertp., Komm. Stadt	912,-		
Rückf. Zinsen	11 031,22		
Inventory und Geräte	317,-		
Unterbilanz	110 870,52		
	491 850,16		491 850,-

Verlust- und Gewinnkonto

Kursdiff. a. Aufwertsanl.	1 752,52	Gewinn aus Zinsen	6 611,80
Abschreibung a. Inventar	16,31		
Verwaltungskosten	3 201,24		
Reingewinn	1 641,73		
	6 611,80		6 611,80

Zentern, den 22. November 1931. Der Verwaltungsrat: S a f e n s u h, Bürgermeister. K n e l l e r, Rechner.

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 47

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 275

25. November 1931

Heidelberger Anekdoten und Geschichten*

Von Stadtbibliothekar Georg Zint

„Dem Menschen gehört nicht bloß das an, was in dem beschränkten Kreise seines Hauses liegt; vielmehr ist auch das Familienleben ein Teil des Gesamtlebens im Staat, und wem der Herr heilig ist und der Pflug und der Grenzstein des Aders, so ist es noch mehr die Macht, welche alles dieses schützt.“

Pfalzgraf Ludwig I. (geb. 1174, † 1231) und Ludmilla von Böhmen

Die Witwe des Grafen Albrecht III. von Bogen (B. kam 1242 nach Aussterben dieses Geschlechtes zu Bayern), eine böhmische Königstochter, hatte wenig Lust, nur pfalzgräfliche Geliebte zu sein. Vor einem Wandgemälde — drei Ritter darstellend — ließ sie sich von ihrem stürmischen Verehrer die Ehe versprechen. Lächelnd gab dieser dem Wunsch nach. Wie erstaunte er jedoch, als die ebenso geistreiche wie schöne Frau die bemalte Leinwand hob und drei Herren ihres Hofes als Trauzeugen vorstellte. Ärgerlich ritt Ludwig von dannen. — Aber er kam wieder und führte Ludmilla als seine Gemahlin gen Heidelberg.

Aus einem Brief des Kurfürsten Friedrich V. (geb. 1596, † 1632) von der Pfalz an seine Gemahlin,

einer 1787 in London veröffentlichten Sammlung entnommen

„... Mein armes Heidelberg ist also genommen! Man hat daselbst jede Art von Grausamkeit ausgeübt, die ganze Stadt geplündert und die schöne Vorstadt in Asche gelegt. Wollte Gott, alle, die in dieser Stadt waren, hätten mir Treue bewiesen, dann wäre das Unglück gewiß nicht geschehen. Gott sucht mich sehr schwer heim! Denn wahrlich, das Unglück dieser armen Leute bekümmert mich tief.“

In Haag, 20./29. Sept. 1622.“

Vom Turnier am Sonntag nach St. Bartholomäus im Jahre 1481,

von den Rittern vom Rhein zu Ehren des Pfalzgrafen Philipp, des Aufrichtigen (geb. 1448, † 1508) in dessen Hauptstadt Heidelberg abgehalten.

600 Geharnischte wahrten die Schranken. Vor- und nachmittags fanden Waffen- und Reiter Spiele statt. Es nahmen insgesamt teil 5 Fürsten, 20 Grafen, 4 Freiherren, 69 Ritter, 358 Edle mit zusammen 3499 Pferden, 114 adlige bzw. auserwählte Frauen bildeten den Hofstaat der Gemahlin Philipps. Donnerstags nach dieser Festlichkeit wurde die Turniergeellschaft auf das Schloß zur Tafel geladen. Für die Ritterchaft waren über 50, für die Frauen 25 Tische vorgesehen. Ein Rennen und Lanzenstechen schloß sich an. Nachts war Fackeltanz.

Historische Notizen

Rupert II. (geb. 1325, † 1398) vermehrte 1393 mit einem Teil der Einkünfte die Einkünfte der hiesigen Universität.

Zuerst in Deutschland hatte Heidelberg unter Kurfürst Friedrich II. oder dem Weifen (geb. 1482, † 1556) eine Hofkapelle,

unter Karl Ludwig (geb. 1617, † 1680) seit 1661 einen Professor (Puffendorf) des Natur- und Völkerrechts, unter Friedrich IV. (geb. 1574, † 1610) um 1592 einen Gelehrten der arabischen Sprache (Prof. Christmann). Eine zur Vielfältigkeit arabischer Buchwerke eingerichtete Druckerei befand sich schon 1554 in untrur Stadt.

Neuchlin (1496—99, nicht, wie fälschlich angegeben 1484 bis 1488), dichtete bei seinem Hiersein die ersten deutschen, zum Teil hier aufgeführten Komödien.

Der pfälzische Kirchenrat wurde 1556 von Otto Geinrich (geb. 1502, † 1559) errichtet.

Aus einer Verfügung des Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz (geb. 1617, † 1680) vom 20. August 1669

Die Wirtin „zum Vock“ in Weinheim hatte gegen hohe Persönlichkeiten geäußert, Gänse zu halten, um künftighin lieber mit Hilfe der Federn statt mit den Waffen streiten zu können. Sie wurde beim Wort genommen und durch Rundschreiben angeordnet:

„... und ist Befehl, daß gedachte Wirtin Frau die Kurpfälzische Kanzlei jährlich mit Schreibfedern genugsam versehen, solche alle Jahr auf Martini das erstmal liefern, auch daß dieses also geschehe, der Kanzleidirektor darob halten solle.“

* Aus der Sonderchau: „100 vergessene Heidelberger Druckschriften“ bis Ende des Jahres kostenfrei zu beschaffen.

Voranzeige: Im Goethe-Jahr 1932 Gedichtsammlung: „Goethe und das Faust-Puppenspiel.“ (Wider, Bühler, Figuren, Modelle usw.).

Ein Frevelregister der Bergstraße aus der Zeit des 30jährigen Krieges

nennt eine 1626 in Sandshuchheim verhängte Strafen: ... den Schultheißen aufs Argste gescholten und ihm Mord und Hagel angewünscht = 1½ Gulden.

Den Neuenheimer Schultheißen einen Dieb und Schelmen gescholten = 3 Gulden.

Stumme Rede

Als der zum polnischen König gewählte Herzog Karl von Anjou auf der Reise in sein neues Land den Kurfürsten Friedrich III. (geb. 1515, † 1576) auf dem Heidelberger Schloße besuchte, fand er eine seltsame Begrüßung. Zwei deutsche Edle geleiteten ihn schweigend die Treppe empor. Im Vorraum harrten schüttschend, die in der Bartholomäusnacht (24. August 1574) aus Frankreich geflohenen Hugenotten, deren feindselige Blicke ihm Verderben drohten. Im Audienzzimmer sah er sich weiteren ihn anklagenden Großen seiner Heimat gegenüber und an der Wand mußte er im blut- und feuerroten Schein das Gemälde von der gräßlichen Ermordung des greisen Protestantenführers, des Admirals Coligny, schauen.

Pfalzgräfin Mechthildis

„die gottselige Frau“

Kurfürst und Pfalzgraf Ludwig III., der Bebartete (geb. 1376, † 1437), war in zweiter Ehe mit Prinzessin Mechthildis von Savoyen vermählt. Diese fromme Frau fühlte sich durch das freie Leben der hiesigen Franziskanerinnen in ihrem Innern verletzt. Ihr ebenfalls strenggläubiger Gemahl erlaubte, sich ihren Beichtvater und strenggeschulte Ordensleute aus der Heimat als Reformatoren kommen zu lassen. Diese vermochten jedoch wenig auszurichten, da die mit Absicht von den insolge der fremden Eingriffe beleidigten geförderte Freizügigkeit unter den Mönchen eine zu große war und der ständige Wechsel das Aufkommen einer geschlossenen Säule unmöglich machte. Unglücklich über den Weggang ihrer enttäuschten Landsleute, erbat sie die Berufung einer größeren Anzahl französischer Ordensgeistlichen, um unabhängig von den Franziskanern das Kloster und die gottesdienstlichen Ämter besetzen zu können. Als der von anderen Sorgen in Anspruch genommene Pfalzgraf — die Böhmen waren in die obere Pfalz vertrieben eingedrungen (1426) — sich nicht daran setzen wollte, drohte sie, Heidelberg mit ihren Kindern verlassen zu wollen. Ludwig gab nach, und Land wie Kirche hatten reichen Segen davon. Gottesfürchtig und gelehrt lebten deutsche und fremde Mönche in Eintracht nebeneinander, blieben festhaft und wirkten mustergültig für nah und fern.

Heimatkurs der „Badischen Heimat“ in Waldshut

III. (Schluß)

Eine erfreulich große Zuhörerschaft hatte sich wieder im Kornhausaal eingefunden und es bewies sich, daß die „Badische Heimat“ mit der Vortragsfolge des dritten Nachmittags ebenfalls einen guten Griff getan hat, besondere Kenner des Gebietes als Redner zu gewinnen. Prof. Dr. Baumhauer, Willingen, eröffnete die Reihe mit einem fehlenden Querschnitt über „Die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Hochrheingebietes in der Vergangenheit“. Der Redner ist den Waldshutern ein Altbekannter, hat er doch das besondere Verdienst, die Geschichte der Stadt, eine Orts- und Landschaftsgeschichte von vorbildlicher Güte, neu bearbeitet und in glänzender Ausgestaltung herausgebracht zu haben. Was für diese Geschichte der Stadtgeschichte herausgestellt werden darf, die glückliche Vereinigung von wissenschaftlicher Sachlichkeit und volkstümlicher Darstellung, gilt gleichermaßen für den Vortrag von Professor Dr. Baumhauer.

Unser Hochrheim durchfließt von Konstanz bis Basel nicht etwa eine für sich abgeschlossene Landschaft, deren geschichtliche Entwicklung nur für ein eng begrenztes Gebiet von Bedeutung gewesen wäre, seine Ufer standen vielmehr von jeher in reger Verbindung mit Nord und Süd und Ost und West. Ins Herz des Alemannenlandes, an die Ufer des Hochrheins, führen in politischer wie wirtschaftlicher Beziehung hochbedeutungsvolle Wege und Tore, an denen sich dann wiederum Städte als Brennpunkte geschichtlichen Lebens entwickelten. So überschneiden sich bei Konstanz, am Hegau, Aare- und Rutenator, in den zum Rhein führenden Jurapässen und am Rheintal bei Basel die politischen Kraftlinien in großer Mannigfaltigkeit. Es ist also nicht zu verwundern, wenn der Besitz der Hochrheintrede von Konstanz bis Basel, ihre naturgegebenen Zugangsweg, Ausfallstore und Brückenköpfe von zeitweilig höchster Bedeutung für das Schicksal Mitteleuropas wurde. Nicht nur die staatliche, auch die wirtschaftliche Entwicklung ist raumgebunden, und so erkennen wir die hohe Bedeutung der mittelalterlichen Marktorde, wie Konstanz, Zurzach, Waldshut und Basel. Im Herzen des Alemannenlandes liegt unser Hochrheingebiet und dennoch zieht sich hier die Landesgrenze hin, welche an vier Stellen über den Rhein nach Norden vorgeschoben ist und Zeugnis ablegt von der gewaltigen Stöckkraft der schweizerischen Eidgenossenschaft im 15. Jahrhundert gegenüber dem geschwächten Deutschen Reich. Heute aber ist es die hervorragende politische Bedeutung der Lande am Hochrhein, Bindeglied und Vermittler zu sein im alemannischen Stammesgebiet, das gute Einverständnis der beiden Ufer zu fördern im friedlichen Verkehr.

In der zweiten Vortragsstunde sprach Dr. Leopold Döbele, Säckingen, über „Hohenwald und Hohenhaus“, der durch eine größere Zahl von Veröffentlichungen volkswirtschaftlicher und volkstümlicher Art über seine Heimat, den Hohenwald, be-

kannt ist, der auch ausgezeichnete Handzeichnungen der ältesten Hohenhäuser besitzt.

Die Heimindustrie war auf dem Wald weit verbreitet; man staunt ob der Fülle der Stoffe, die bearbeitet wurden: Baumwollspinnerei, Zeug- und Beuteluweberei, Seidenband- und Seidenstoffweberei, Strohflechterei, Strohhutmacherei, Stuhlflechterei, Span- und Bierfordmacherei, Trachtenfärberei, Ragschmieden sind die hauptsächlichsten dieser Heimindustrien, die zum Teil rasch aufblühten und ebenso rasch verschwanden, immer wieder das Hohenwald in größte Not zogen und zu starken Auswanderungen veranlaßten. Auch heute ist die Not wieder riesengroß auf dem Wald. Dr. Döbele hat das besondere Verdienst, über diese Hohenwälder Heimindustrie, über den Hohenwald in sozial-ökonomischer Hinsicht wegweisende Untersuchungen angestellt und den maßgebenden Kreisen zugänglich gemacht zu haben. In der Schriftenreihe „Vom Bodensee zum Main“ des Landesvereins Badische Heimat erschien als Heft Nr. 35 seine mit viel Fleiß zusammengetragene Arbeit über das Hohenwald. Zum Schluß nimmt uns der Redner, der seine Heimat ebenso liebt wie kennt, noch einmal mit über den Wald. Wir erleben eine Feierabendstunde auf der mächtigen „Ghoust“ (Kunst) mit einem Hohenwälder, als Waldarbeiter grüßen die Ruinen der Burg Wieladungen, prächtig gelagert bieten sich die Hüfe in Hornberg, Harpelingen, Niederhof, wir erkennen das Heim eines Hohenwälders in Wieladungen, ein Zweipartienhaus in Willaringen, stehen vor einer reich mit Blumen geschmückten Laube, verplaudern uns mit dem Mütterli uff de Oefebant, treten in eine alte, ruhige Hohenwälder zu Bergaligen, bewundern die Geschicklichkeit einer Andreeherin am Weibstuhl zu Oberwühl, steigen in den düsteren Keller, in dem altes Kirchwasser, Johannisbeer- und Heidelbeerwein, „Oepfel- und Birnenmost“ lagern, Rabal für die strengen, langen Wintermonde, und steigen über die „Nifabry“ auf die „Hüblichni“.

In geistvoller Weise behandelte Professor Hermann Eris Ruffe, Freiburg i. Br., in der dritten Nachmittagsstunde ein Teilgebiet der Volkskunde, „Das Wesen der Volkskunst und die Volkskunst in Baden“, und fand überraschende Formulierungen auf Grund neuer Forschungsergebnisse, überraschend auch deshalb, weil die Beschäftigung mit der Volkskunst und ihren Ausprägungen verhältnismäßig jung ist. Volkskunst geht auf den Ursprung des Schöpfertums zurück, auf das primitive Bedürfnis, etwas, das einem Zweck dient, aus dem Alltag herauszuheben. Volkskunst ist deshalb zunächst der Ausdruck eines persönlichen Schmucktriebes. Mit geringen Mitteln wurde feines Hab und Gut geschaffen, dessen naive, aber auch geistvolle, dessen natürliche, aber auch schöpferische Haltung wir heute bewundern, dessen Eingebung wir jammern und nachzudenken versuchen. Er geizelte aber auch die „Galanteriewaren“, die oft in Kurorten als Schwarzwälder Volkskunst üppig angepriesen werden.

Von einer badischen Volkskunst kann nicht die Rede sein, wie etwa von einer westfälischen oder ostpreussischen. Durch die beiden Kulturkreise ergibt sich in Baden eine alemannische und eine fränkisch geartete Volkskunst. Das Trennende liegt im Temperament der Alemannen und Franken, die Landschaftsformen sind von wesentlichem Einfluß und auch die konfessionelle Haltung, die besonders bei den Volksbräuchen in Augenchein tritt. Im Gegensatz zum Schwarzwälder Sennier und Erfinder steht der fränkische Franke. Die religiöse Volkskunst nimmt eine besondere Stellung ein und ist sehr reich und vielfältig. Merkwürdig bleibt, daß der Oberwälder geringes volkstümliches Vermögen hat, daß Schnitzerei und Schneiderei ihm nicht liegen wie dem Schwarzwälder. Auch die Strohflechterei fand im Oberwald keinen Eingang. Sogar wanderten früher die Ballbühner aus in den Schwarzwald und setzten dort ihre Andachtsbühnen auf dem Ton und Wachs ab.

Die alemannische wie fränkische Volkskunst hat unverkennbare Eigenheiten, jede drückt etwas von der Volksseele, vom Sinnen und Trachten ihrer Bewohner aus. Ein gesundes Volk wird immer seinen Weg und seine Wahl finden, das Zuwendende zu gestalten im Ding, im Gerät, im Wort, im Brauch. Die drei Redner, die es verstanden, auch zur Mitarbeit aufzumuntern, einzuordnen ins Volksgemüt, das so überaus reich ist und immer wieder aufnahmefähig bleibt, Interesse zu wecken an neuen Forschungen, erzielten reichen Beifall.

Den letzten Vortragsnachmittag, wieder erfreulich gut besucht, eröffnete Major a. D. Milian, Freiburg i. Br., und sprach über „Aus der Praxis der Familienforschung“. Wertvolle Lichtbilder begleiteten die interessanten Darlegungen und nicht minder wertvoll waren die Beispiele für Anfänger auf diesem Gebiet. Seit 1924 hat der Landesverein Badische Heimat die Familienkunde in Baden in seinen Aufgabekreis einbezogen und auch in der Zeitschrift „Mein Heimatland“ Raum gegeben. Außerdem ist im Generallandesarchiv zu Karlsruhe seit 1928 eine Sammelstelle familienkundlicher Nachrichten, die unter der Leitung des Redners bis vor kurzem stand, eingerichtet. Er entwickelte Heimat und Familie als untrennbare Begriffe.

Den Beschluß der Vortragsfolge machte Oberpfarrer Ebner, Bruchsal, der von Geburt aus ein echter Hohenwälder, unwidrig und kernfest, ist, dem wir mancherlei aufschlußreiche Veröffentlichungen familienkundlicher und geschichtlicher Art verdanken, vor allem über den Hohenwälder Landtag, wie auch über die Hohenwälder, wertvolle Beiträge, die jeweils beweisen, wie gut dem Verfasser das gesamte Urkundenmaterial bekannt ist. Daher ist es nur begreiflich, daß eine aufmerksame Zuhörerschaft sich eingestellt hat, um „Neues aus der Geschichte des Hohenwaldes“, von Lichtbildern wirksam unterstützt, hören zu dürfen.

Hundert Jahre Kampf um Wahlrecht und Verfassung. Minister a. D. Dr. h. c. Adam Kemmle, W. d. R., hat der Reihe seiner politischen Schriften eine neue von besonderer Bedeutung für die Geschichte des badischen Landes hinzugefügt. Unter dem Titel „Baden vom Absolutismus zum Volksstaat“ (Verlag: Verlagsdruckerei Volkstreuend, Karlsruhe, Preis 50 Pf.) behandelt er in 10 von gründlicher Sachkenntnis und nüchternen Betrachtung der Dinge diktierten Kapiteln das Ringen des badischen Volkes um eine Verfassung und um die Verankerung der Volksrechte in einem gerechten, dem ganzen Volke gleichermäßen dienbaren Wahlrecht. Die Vorküre ist ein geschichtlicher Rückblick auf das in drei Generationen durch ein fortschrittlich gesinntes Bürgertum und durch die sich zu einer politischen Macht entwickelnde Arbeitererschaft Erlämpfte. Die Schrift verleiht den Parteistandpunkt des Verfassers natürlich nicht.

Druck G. Braun, Karlsruhe.